

## **Niederschrift**

über die 14. Sitzung des Orsrates der Ortschaft Ingeln-Oesselse am Montag, dem 16.11.2009 in der Gaststätte Alt-Oesselse, Dorfbrunnenstr. 5, 30880 Laatzen

### **Anwesend:**

#### **vom Orsrat:**

Ortsbürgermeister Hennies,  
Orsratsmitglieder  
Aue,  
Fichte,  
Fiedler-Dreyer,  
Kasten,  
Leimeister,  
Sydekum,  
Zingler

#### **von der Verwaltung:**

Frau Kriete, Herren Dürr und  
Briegert (Protokoll)

**Presse: 1**

**Zuhörer: 21**

Es fehlen: Stellv. Ortsbürgermeister Kornetzky sowie Orsratsmitglieder Köhler und von Wendorff

### **Tagesordnung:**

1. Genehmigung der Niederschrift über die 13. Sitzung des Orsrates am 22.09.2009
2. Berichte über den Sachstand der Beratungen der letzten Orsratssitzungen
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
- 3.1. Jährliche Baumschau und notwendige Fällungen im Bereich der Stadt Laatzen für 2009/2010  
- Grundsätze bei der Beurteilung von Schnittmaßnahmen -
4. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010
5. Abwasserbeseitigung  
- mdl. Bericht
6. Dichtheitsprüfungen  
- mdl. Bericht
7. Anfragen aus dem Orsrat
8. Fragen/Anregungen/Wünsche der Zuhörer/-innen

Ortsbürgermeister Hennies eröffnet um 17.30 Uhr die Sitzung des Orsrates der Ortschaft Ingeln-Oesselse und stellt fest, dass der Ortsrat ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist. Des Weiteren begrüßt er die Zuhörer und den Vertreter der Presse.

Aufgrund der fehlenden Veröffentlichung der Bekanntmachung im amtlichen Bekanntmachungsblatt fragt Herr Hennies, ob es eine Pflicht zur Bekanntmachung gebe. Die Verwaltung erklärt, dass die Tagesordnung an der Bekanntmachungstafel am Rathaus ausgehängt war und damit der Pflicht zur Veröffentlichung genüge getan wurde.

Herr Hennies weist darauf hin, dass es vor der Ortsratssitzung Ortstermine zur Aufstellung von Verkehrsspiegeln gegeben habe. Auf Grund dieser Ortstermine soll die Tagesordnung um

### **Punkt 3.2 Aufstellen von Verkehrsspiegeln**

erweitert.

**Beschluss:** einstimmig

### **Zu Punkt 1:**

#### **Genehmigung der Niederschrift über die 13. Sitzung des Orsrates am 22. September 2009**

Herr Sydekum merkt an, dass die bei Punkt 4 von Herrn Kornetzky angesprochenen Protokollen der Verkehrsbegehung fehlen würden. Die Verwaltung sagt, dass diese nachgereicht werden.

Die Niederschrift über die 13. Sitzung des Orsrates Ingeln-Oesselse am 22.09.2009 liegt in Abdruck vor und wird genehmigt.

**Beschluss:** 6 Ja-Stimmen  
2 Enthaltungen

### **Zu Punkt 2:**

#### **Berichte über den Sachstand der Beratungen der letzten Ortsratssitzungen**

Die Verwaltung berichtet, dass

- aufgrund verschiedener Presseveröffentlichungen zum Thema Straßensanierung und der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen dies zum Anlass genommen wird, das Verfahren der Straßensanierung erneut darzustellen. Das Stadtgebiet Laatzen umfasst ca. 360 städtische Straßen von denen in den letzten 6 Jahren 8 Straßen komplett saniert worden sind. Grundsätzlich

werden die Straßen durch geeignete Maßnahmen aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht und der Werterhaltung unterhalten. Als Unterhaltungsmaßnahmen ist u. a. ein Abfräsen und Aufbringen einer neuen Verschleißdeckschicht, das Ausgießen von Rissen oder Verschließen von Löchern nach einer Frostperiode denkbar. Alle diese Maßnahmen setzen aber einen tragfähigen und frostsicheren Aufbau der Straße voraus. So ist es nicht möglich, eine Verschleißdecke abzufräsen, wenn darunter die Tragschicht fehlt oder Risse können nur dann dauerhaft verschlossen werden, wenn die Oberfläche wegen eines nicht tragfähigen Unterbaus genau an dieser Stelle wieder durchbricht. Die Sanierung einer Straße mit Beteiligung der Anlieger kann nicht nach Gutdünken durchgeführt werden, sondern wird nur nach dem Vorliegen mehrerer Kriterien durchgeführt, die weitestgehend durch höchstrichterliche Landesrechtsprechung festgelegt worden sind. Eine Voraussetzung für eine Sanierung ist der Ablauf der für die Straße üblichen Nutzungsdauer. Nach derzeitiger Rechtsprechung wird der Ablauf der Nutzungsdauer nach 25 – 30 Jahren angenommen. Dies stellt jedoch keine starre Regel dar, sondern der Zustand einer Straße ist auch hier von Einzelfall zu Einzelfall zu prüfen. So kann es sein, dass sich eine Straße auch nach Ablauf der Nutzungsdauer in einem Zustand befindet, der so gut ist, dass eine Sanierung nicht in Frage kommt. Daneben wird der Aufbau einer Straße mittels Entnahme von Probebohrungen geprüft. Wenn festgestellt wird, dass ein ausreichender frost- und tragfähiger Aufbau nicht gegeben ist, untermauert dies die Entscheidung der Verwaltung, eine Sanierungsmaßnahme durchzuführen.

In Laatzen hat sich in den vergangenen Jahren eine bestimmte Vorgehensweise etabliert:

Bei regelmäßig durchgeführten Kontrollen im Stadtgebiet wird der Zustand der Straßen festgestellt und unterschiedlichen Kategorien zugeordnet. Dabei werden Straßen, deren Unterhaltung wegen Substanzschwäche nicht mehr sinnvoll ist, in ein Straßensanierungsprogramm aufgenommen. Dieses Programm, das für mehrere Jahre aufgestellt und regelmäßig fortgeschrieben wird, durchläuft alle Ortsräte.

Etwa ein Jahr vor einem geplanten Baetermin, erstellt die Verwaltung eine Grobplanung, die den Anliegern in einer Anliegerversammlung vorgestellt wird. Bei dieser Versammlung gibt die Verwaltung auf der Basis von Kostenschätzungen auch Auskunft über die voraussichtliche Höhe der späteren Anliegerbeiträge. Das Ergebnis der Anliegerversammlung wird wiederum dem jeweiligen Ortsrat vorgestellt und das Bauprogramm wird letztendlich vom Rat beschlossen. Erst danach werden die Arbeiten ausgeschrieben und nach Abschluss der Arbeiten werden die Straßenausbaubeiträge von den Anliegern erhoben. Zu den Absprache mit den Versorgern:

Mit Aufnahme in das Straßensanierungsprogramm wird mittels Kamerabefahrung der Zustand der Kanäle der jeweiligen Straße geprüft und gegebenenfalls ein Sanierungsplan erstellt. Etwaige Kanalsanierungsmaßnahmen werden später in Zusammenhang, aber vor den Straßenbauarbeiten ausgeführt. Die anderen Versorger für Strom, Gas, Wasser, etc. werden bereits ebenfalls sehr früh involviert und gebeten mögliche Maßnahmen vorher bzw. während der Sanierungsarbeiten durchzuführen.

Alle städtischen Straßen werden hinsichtlich Schäden und Mängel laufend und systematisch kontrolliert und im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel unterhalten bzw. Schäden werden je nach Priorität beseitigt. Für die bauliche

Unterhaltung der städt. Straßen, Wege, Plätze und Brücken werden dieses Jahr insgesamt rund 410.000 € aufgewandt. Im Frühjahr 2009 mussten ungewöhnlich viele Frostschäden an asphaltierten Flächen repariert werden. Das Ausmaß und die Folgen von Frostschäden können nicht vorhergesehen werden und müssen folglich immer „außerplanmäßig“ bearbeitet werden. Bestehende Maßnahmen und Prioritätenpläne müssen solchen Entwicklungen ständig angepasst werden. In diesem Jahr sind z.B. Frostschäden in größerem Umfang in der Straße Am Holztor beseitigt worden.

Die Risse im Asphalt der Bergstraße sind seit Längerem bekannt und auch teilweise repariert. Aufgrund der lang anhaltenden Trockenheit im Sommer 2009, die zur Austrocknung und Schrumpfung des tonigen Untergrunds geführt hat, sind erneut und verstärkt auf vielen Straßen im Stadtgebiet Risse aufgetreten, die mit Asphaltvergussmasse geschlossen werden müssen, um weiteren Schäden vorzubeugen. Im Rahmen einer Ortsbesichtigung wurden die Risse kontrolliert. Die Reparatur erfolgt im Jahr 2010 innerhalb der Straßenunterhaltung.

Frau Fiedler-Dreyer kritisiert, dass die Straßen nicht regelmäßig gewartet werden würden. Die Straßen gingen kaputt und die Anlieger müssten dann die Sanierung bezahlen. Herr Dürr merkt an, dass aus der Drucksachen-Nr. 4/2009 hervorgegangen ist, dass die Stadt Laatzen unter dem Schnitt liegt und mehr investiert werden muss. Allerdings fehlen die finanziellen Mittel. Frau Fiedler-Dreyer beklagt, dass es immer mehr Risse in den Straßen gibt, die Verwaltung aber nicht reagiert. Die Schäden müssten eher beseitigt werden um die Straßen instand und die Kosten für die Anlieger gering zu halten. Herr Dürr sagt, dass die Hinweise aufgenommen werden. Herr Hennies ruft dazu auf, dass die Verwaltung immer wieder darauf hingewiesen werden muss.

- die Post die Briefkästen abhängig von der Nutzungsintensität leert. Offenbar ist in Gleidingen ein höheres Aufkommen als in Ingeln. Mit der Mitteilung 132/2009 wurde der OR schon darüber informiert, dass die Post zu keiner Ausweitung der Leerung bereit ist. Die Post bietet aber nach wie vor an, den Briefkasten „Gleidinger Str. 30“ an den Edeka Markt zu versetzen, wenn der OR dies wünscht.

Frau Fiedler-Dreyer merkt an, dass der Wunsch mindestens einer Nachmittagsleerung in Ingeln bestünde. Eine Versetzung der Briefkästen sei nicht gewünscht.

- das Sackgassenschild Hubertusweg ausgetauscht wurde. Das Namensschild „Wiesengrund“ ist bestellt.
- der Barmklagesweg mit rotem Verbundsteinpflaster versehen ist, auf dem keine Markierungen dauerhaft halten.
- der Heidfeldweg von der Akazienstraße kommend ordnungsgemäß beschildert ist. An der Gabelung Heinrich-Heine-Weg hingegen ist keine Beschilderung vorhanden. Die Gabelung selbst ist großzügig gepflastert, so dass ortsunkundige Personen evtl. eine Weiterführung der Fahrbahn annehmen und in den Heidfeldweg hineinfahren. Eine diesbezügliche Beschilderung wird daher erfolgen.
- die betroffenen Eigentümer/innen im Heinrich-Heine-Weg/Schillerstraße angeschrieben und zum Rückschnitt der Sträucher aufgefordert wurden.
- sofern Haushaltsmittel zur Verfügung stehen, eine Absenkung der Bordsteinkante Bergstraße 2010 durchgeführt werden kann.

- dass es keine Neuigkeiten zum Thema Radweg Ingeln-Oesselse – Bledeln gibt.

Frau Fiedler-Dreyer weist darauf hin, dass der Spielplatz in der Pappelallee noch nicht winterfest sei, da die gelben Pfähle noch nicht abgedeckt seien. Dies stellt eine Gefahr für Kinder dar, die dort bei Schnee rodeln würden. Die Verwaltung wird schnellstmöglich Erkundigungen einholen, wie der Sachstand in diesem Fall ist.

Frau Fiedler-Dreyer fragt, was es Neues bei der Verkehrsberuhigung gebe. Die Verwaltung teilt mit, dass der Bauausschuss sich damit beschäftige.

Herr Hennies möchte wissen, ob es bei der Region Hannover eine Radwegeprioritätenliste gibt und ob der Radweg nach Bledeln überhaupt darauf steht. Hildesheim hat so eine Prioritätenliste. Herr Dürr führt an, dass er den Radweg selbst abgefahren sei. Er wisse nicht, ob dieser Weg auf der Prioritätenliste der Region stehe.

### **Zu Punkt 3:**

#### **Mitteilungen des Bürgermeisters**

### **Zu Punkt 3.1:**

#### **Jährliche Baumschau und notwendige Fällungen                      Drucks.-Nr. 185/09 im Bereich der Stadt Laatzen für 2009/2010 - Grundsätze bei der Beurteilung von Schnittmaßnahmen**

Herr Hennies weist darauf hin, dass eine Pappel in der Pappelallee gefällt und Rubinen am Sportplatz zurückgeschnitten werden müssen. Herr Sydekum bittet darum, dass der Tennisabteilung des TSV der Termin für das Zurückschneiden der Rubine genannt wird, damit jemand daran teilnehmen kann. Die Wurzeln eines Baumstumpfes neben dem Eingang zur Tennisanlage würden so wachsen, dass sich das Tor nicht mehr schließen lässt. Aus diesem Grund sollte der Baumstumpf auch entfernt werden. Zudem würden Zweige von Bäumen auf dem Grundstück der Grundschule auf den Tennisplatz ragen, was zu einer Schatten- und schließlich zu Moosbildung auf dem Platz führt. Herr Zingler fragt, ob auch Hecken betroffen seien. Der Ortsrat muss bei der Baumschau beteiligt werden. Letztes Jahr sei eine Hecke geschnitten worden, damit Rüben dort verladen werden könnten. Die Verladung habe aber nicht stattgefunden. Herr Aue erwidert, dass die Rübenverladung dort sehr wohl durchgeführt wurde.

### **Zu Punkt 3.2:**

#### **Aufstellen von Verkehrsspiegeln**

Herr Hennies führt an, dass eine Ortsbegehung vor der Ortsratssitzung stattgefunden habe. Sowohl von der Stiftungsstraße auf die Müllinger Straße als auch von An der Nicolaikirche auf die Gleidinger Straße sei das Sichtfeld eingeschränkt. Die Verkehrsspiegel sind vom Ortsrat beantragt, aber von der Verwaltung abgelehnt worden. Im Bereich der L 410 wurde mit einem Schlepper aufgefahren, dort ist ein Einsehen des Verkehrs schwer möglich. Wenn sich ein Privateigentümer bereit erklären würde,

die Spiegel auf seinem Grundstück aufstellen zu lassen, liegt kein Eingriff in den Straßenverkehr vor, allerdings werde die Maßnahme nicht finanziert. Die Verwaltung wird gebeten, das Aufstellen von Verkehrsspiegeln nochmals zu prüfen. Frau Fiedler-Dreyer möchte wissen, wie die Verwaltung die Situation nach der Ortsbegehung sieht. Herr Dürr verspricht, dass bis zum nächsten Ortsrat die Anträge nochmals geprüft werden. Die Frage von Herrn Herr Zingler, wie teuer das Aufstellen eines Spiegels sei, wird ihm mit etwa 150,- bis 300,- Euro beantwortet.

**Zu Punkt 4:**

**Drucks.-Nr. 200/09**

### **Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010**

Herr Leimeister sagt, dass die SPD-Fraktion die Veräußerung des Mehrzweckraumes aus dem Haushaltssicherungskonzept streichen lassen möchte. Herr Zingler stellt den Antrag, dass 1000,- Euro für die Verkehrsspiegel in den Haushaltsplan eingestellt werden. Außerdem möchte er wissen, wie der Sachstand bei der Sanierung der Grundschule sei. Herr Dürr führt an, dass ein Konzept für die Grundschule erarbeitet worden sei. Dieses sei als Machbarkeitsstudie eingestuft worden. Das Konzept solle nächstes Jahr vertieft werden. Herr Zingler möchte wissen, ob dann noch Geld vorhanden sei. Herr Dürr erklärt, dass die Maßnahme auf Grund des Klimaschutzes erfolge und die finanziellen Mittel nicht zeitlich begrenzt seien. Herr Hennies fragt, ob die Schule und die Turnhalle saniert werden würden. Die Verwaltung bejaht dieses.

Der Ortsrat beschließt:

Die Veräußerung des Mehrzweckraumes wird aus dem Haushaltssicherungskonzept gestrichen.

**Beschluss:** einstimmig

Für die Verkehrsspiegel werden 1000,- Euro in den Haushaltsplan eingestellt.

**Beschluss:** einstimmig

Der Ortsrat empfiehlt:

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2010 (Anlage 1) wird erlassen.

Die Gesamtbeträge der Erträge und Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen werden entsprechend des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2010 festgesetzt.

Das im Haushaltsplan enthaltene Investitionsprogramm für den Planungszeitraum bis 2013 wird festgesetzt.

Die Wertgrenze für die Einzelausweisung von Investitionen im Teilfinanzhaushalt nach § 4 Abs. 6 S. 1 Niedersächsischen Gemeindehaushalts- und kassenverordnung (GemHKVO) wird für die Stadt Laatzen auf 10.000 Euro festgelegt.

Dem Stellenplan wird zugestimmt.

**Beschluss:** 4 Ja-Stimmen  
4 Enthaltungen

## **Zu Punkt 5:**

### **Abwasserbeseitigung - mdl. Bericht**

Herr Hennies erläutert, dass in Ingeln-Oesselse eine besondere Situation mit Regen, Schmutz und Drainagewasser bestehe. Das Wasser kommt alles aufgrund der geographischen Lage in der Pappelallee an. Die Schmutzwasserleitung wird immer wieder mit Fremdwasser, also Wasser, was von außen in den Kanal durch Undichtigkeit hineindrückt, verunreinigt. Aus diesem Grund besteht eine Pflicht für alle Regenrückhalteklappen einzubauen.

Die Verwaltung berichtet, dass die Stadt Laatzen große Anstrengungen unternimmt, um die Fremdwasserproblematik in Ingeln-Oesselse zu entschärfen. Auf der Grundlage von durchgeführten umfangreichen Inspektionen sowohl der öffentlichen Kanäle als auch der privaten Abwasserleitungen führt die Stadt Laatzen Sanierungsarbeiten an den öffentlichen Anlagen durch und hält die privaten Grundstückseigentümerinnen und –eigentümer an, ihre Anlagen ebenfalls in Ordnung zu bringen.

In 2006 und 2007 wurden die öffentlichen Anlagen in den ersten beiden Untersuchungsabschnitten (M6 und M3 = Ingeln und der alte Ortskern Oesselse) Instand gesetzt.

In 2008 wurden die öffentlichen Schmutzwasserkanäle und Anschlussleitungen im 3. Untersuchungsabschnitt „M4“ - Bereich der Straßen An der Diekworth, Bergstraße, Breslauer Straße, Im Eichengrund, Königsberger Straße, Hasenkamp, Lindenweg und Ulmenweg sowie in Teilbereichen der Lessingstraße und des Sohlwegs saniert. Ebenfalls Instand gesetzt wurde der Schmutzwasserkanal von der Pappelallee zur Pumpstation „Breiter Paul“. Die Arbeiten umfassten insgesamt rd. 1.400 m Schmutzwasserkanal und 41 Grundstücksanschlussleitungen.

In 2008 wurden außerdem die öffentlichen und privaten Anlagen im 4. Untersuchungsabschnitt „M1“ (Pappelallee, Am Dornbusch, Im Lärchengrund, Amselweg, Falkenweg, Grüne Aue, Fasanenweg, Drosselweg, Finkenweg und Holzweg) überprüft.

In 2009 werden in diesem Untersuchungsabschnitt („M1“) rd. 1350 m öffentlicher Schmutzwasserkanal sowie 7 Grundstücksanschlussleitungen erneuert, die Arbeiten sind weitestgehend abgeschlossen. In diesem Jahr wurden außerdem die technischen Anlagen in der Pumpstation „Breiter Paul“ erneuert; diese Erneuerung war

unabhängig von der Fremdwasserproblematik erforderlich, da der Kessel korrodiert war.

Die Auswertung der Berichte für die Privatgrundstücke im Untersuchungsabschnitt „M1“ dauert noch an. Anschließend werden die jeweiligen Grundstückseigentümerinnen und –eigentümer von der Stadt informiert, deren Anlagen mangelhaft sind und aufgefordert, die schadhafte Anlagen Instand zu setzen.

Damit sind die öffentlichen Kanäle und Anschlussleitungen in 4 von 6 Untersuchungsabschnitten saniert. Die Eigentümerinnen und Eigentümer der privaten Anlagen sind ebenfalls tätig geworden:

Beispielsweise wurden in den ersten drei Untersuchungsabschnitten 455 private Grundstücksentwässerungsanlagen von der Stadt Laatzen untersucht. Hiervon waren 451 sanierungsbedürftig.

Von diesen 451 sind 125 Anlagen komplett saniert. Weitere 260 Grundstücke befinden sich in der Sanierungsphase. Auf 70 der betroffenen Grundstücke ist dagegen noch keine Aktivität zu verzeichnen, die dazugehörigen Grundstückseigentümerinnen und –eigentümer werden weiter von der Stadt Laatzen aufgefordert, ihre Anlagen Instand zu setzen.

Im Jahr 2010 sollen vorbehaltlich der Haushaltsplanberatungen öffentliche und private Anlagen in einem fünften Abschnitt („M2“) untersucht werden: Eschenweg, Akazienstraße, Buchenweg, Fichtenweg, Tannenweg, Veilchenweg, Heinrich-Heine-Weg, Schillerstraße, Hölderlinweg, Annette-von-Droste-Hülshoff-Weg. Je nach Ergebnis der Auswertung kann mit eventuell erforderlichen Sanierungsarbeiten an den öffentlichen Anlagen ggf. noch in 2010 begonnen werden.

Herr Hennies merkt an, dass sich die Situation nach dem letzten Regen verbessert habe. Die Maßnahmen würden Wirkung zeigen. Das Abschlagbauwerk funktioniere. Herr Aue erläutert, dass es beim letzten Regen zwar keine Klagen gegeben habe, der Boden aber sehr trocken gewesen sei und deshalb den Regen aufgenommen habe. Das Rückhaltebecken muss weiter gepflegt werden. Frau Fichte führt an, dass beim letzten starken Regen in einigen Kellern Wasser gewesen sei, diese Bürger aber nicht die Feuerwehr gerufen hätten.

## **Zu Punkt 6:**

### **Dichtheitsprüfungen - mdl. Bericht**

Herr Dürr zeigt einen Film und berichtet zu dem Thema. Dichte Kanäle würden unter anderem die Abwasserkosten senken und den Wert des Hauses erhalten. Herr Hennies bedankt sich bei Herrn Dürr für den Bericht. Er beklagt, dass der Film eher hätte gezeigt werden müssen. Es gebe hohe Gebühren wegen des Fremdwassers. Auf Grund der Sanierungen müssten die Gebühren nun eigentlich sinken. Er bittet darum, dies zu prüfen. Herr Sobotta fragt, ob man zwischen Bebauungen differenzieren müsste. Zudem möchte er die gesetzliche Grundlage und den Zeitpunkt der

Fertigstellung sowie der nächsten Kontrolle wissen. Herr Dürr sagt, dass eine Differenzierung nicht nötig sei, da sich die im Film gezeigten Szenarien überall ereignen könnten. Bisher gibt es kein Gesetz, allerdings stehen die Vorschriften in der DIN 1986-30, die über die Abwassersatzung anzuwenden sind. Die Dichtheitsprüfungen müssten bis 2015 abgeschlossen sein. Herr Sobotta beklagt sich darüber, dass den Bürgern Angst gemacht worden sei. Herr Mummrey sagt, dass das Rückhaltebecken nicht funktioniert. Bei bestimmten Regenereignissen muss sich der Regenkanal zunächst bis zu einer bestimmten Höhe füllen, bevor er dann über den Regenkanal im Oesselse Holzweg abläuft. Herr Hennies merkt dazu an, dass dies der Ortsrat auch schon festgestellt gehabt habe. Beim letzten Regen sei dies nochmals überprüft worden und zu dem Zeitpunkt habe das Rückstaubecken so funktioniert, wie es soll. Herr Dürr führt an, dass es sich mit den Rohren wie mit einem Hausdach verhalte. Wenn es kaputt sei, müsse es repariert werden. Herr Sobotta beklagt, dass eine Sanierung schon bei kleinen Undichtigkeiten erfolgen müsse. Herr Dürr erwidert, dass eine bestimmte Menge heraustropfen dürfe.

Herr Sobotta weist darauf hin, dass manche Bürger zwei Jahre auf ihren Bescheid der Überprüfungen hätten warten müssen. Herr Mummrey moniert, dass bei drei Metern Rohrleitung nicht so viel kaputt sein kann. Herr Dürr erläutert, dass eventuell für die, die jetzt schon die Dichtheitsprüfung abgeschlossen hätten, die 20-Jahres-Frist erst ab 2015 beginnen würde. Es wird gefragt, warum erst so wenige Haushalte saniert worden wären, obwohl eine Frist gesetzt worden sei. Herr Fritzensmeier sagt, dass die Schäden unter den Häusern nur sehr gering sein könnten. Er möchte wissen, bis wann die Dichtheitsprüfung erfolgt sein müsse und welche Grundlage es gebe. Herr Dürr erklärt noch einmal, dass die Umsetzung bis 2015 geschehen müsse. Die DIN 1986-30 werde angewendet. Dies sei zwar kein Gesetz, aber die Anwendung ergebe sich über die kommunale Abwassersatzung. Nächstes Jahr wird voraussichtlich den politischen Gremien der Entwurf einer neuen Abwassersatzung vorgelegt, in der dann die DIN 1986-30 mit aufgenommen wird. Die aufgezeigten Beispiele würden die möglichen Schadensfälle verdeutlichen. In Ingeln-Oesselse sei begonnen worden, da dort die Wasserproblematik am größten sei. Herr Kasten sagt, dass der Film gut, aber zu spät gezeigt worden sei. Ebenso seien die Benachrichtigungen zu spät an die Bürger versandt worden. Er möchte wissen, was passieren würde, wenn man nicht bis 2015 die Prüfung durchgeführt habe. Zudem möchte er die Kosten für solche eine Prüfung wissen. Er fragt, wie es bei den anderen Ortsteilen sei und ob die Kosten für Wasser sinken würden. Herr Dürr führt an, dass die anderen Ortsteile auch nach und nach an der Reihe seien. Ob die 20-Jahres-Frist erst 2015 zu laufen beginne, sei eine politische Entscheidung. Herr Zingler spricht sich dafür aus, dass die Bürger mehr hätten beteiligt werden müssen. Die Bürger seien verunsichert. Er fragt, ob die neuen Richtlinien, die beim Niedersächsischen Städte-tag beschlossen worden seien, schon bekannt wären. Herr Dürr bestätigt dies. Herr Hennies sagt, dass sich die Bürger bei Fragen an den Ortsrat wenden können.

## **Zu Punkt 7:**

### **Anfragen aus dem Ortsrat**

Herr Hennies weist darauf hin, dass bei einer Wasserleitung, die am Friedhof entlang führt, schon mehrere Rohrbrüche entstanden seien. Die Anwohner hätten Befürchtungen, dass größere Schäden entstehen. Er möchte wissen, wer die Kosten im

Schadensfall trägt und ob eine Umlegung möglich sei. Die Verwaltung empfiehlt, dass sich Herr Hennies damit direkt an Herrn Dürr wenden solle.

## **Zu Punkt 8:**

### **Fragen/Anregungen/Wünsche der Zuhörer/-innen**

Es wird gefragt, ob die Werbeanhänger auch von Privaten für Werbung genutzt werden können. Dies wird von der Verwaltung bestätigt. Die Frage nach den Kosten wird noch geklärt.

Herr Sobotta möchte wissen, warum ein Wasserrohrbruch nicht aufgefallen sei. Zudem möchte er erfahren, ob die Geschwindigkeit auf der Gleidinger Straße begrenzt werden könne, da der Lärm unerträglich sei. Herr Hennies weist darauf hin, dass bei einem Wasserrohrbruch die enercity zu informieren sei. An der Gleidinger Straße sollte erst einmal der Spiegel installiert werden. Danach könne über eine Geschwindigkeitsreduzierung nachgedacht werden. Die Verwaltung weist darauf hin, dass in der nächsten Woche der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Feuerschutz öffentlich zu dem Thema Lärm tagt.

Herr Kossack merkt an, dass im Heidfeldweg entgegen vorheriger Aussagen der Bewuchs nicht zurückgeschnitten worden sei. Die Anwohner müssten dazu aufgefordert werden. Zudem liegt das Straßennamenschild in der Akazienstraße auf dem Boden. Die Verwaltung sagt, dass bei dem Bewuchs die Heinrich-Heine-Straße/Ecke Schillerstraße gemeint gewesen sei. Herr Kasten erklärt, dass die Zuständigkeiten erst einmal hätten geklärt werden müssen. Die Stadt Laatzen sei zuständig den Bewuchs zurückzuschneiden und nicht die Anwohner. Die Verwaltung teilt mit, dass die fehlenden Straßennamenschilder aufgenommen und ausgetauscht werden.

Herr Kossack weist weiterhin darauf hin, dass ein öffentlicher Mülleimer am Holzweg in Richtung der Fischeiche mit Hausmüll voll sei. Er möchte wissen, wann die Papierkörbe geleert werden. Die Verwaltung prüft zurzeit, ob der Papierkorb abgebaut werden kann.

Herr Kasten weist darauf hin, dass im Heinrich-Heine-Weg ein von einem Lastkraftwagen angefahrener Baum umzufallen droht. In der Schillerstraße gebe es einen Privatweg, der nicht begehbar sei. Er möchte wissen, ob der Eigentümer dazu verpflichtet werden könne, den Weg sowie den Garagenhof nutzbar zu machen. Die Verwaltung wird dies prüfen.

**Ende der Sitzung: 19.55 Uhr**

Hennies,  
Ortsbürgermeister

Kriete

Briegert,  
Protokollführer